

Ausschuss für Finanzen

Protokoll zur Sitzung vom 13.04.2023

Ort: Gemeindeverwaltung Binz, Raum 117, Jasmunder Str. 11,
18609 Ostseebad Binz

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Der Ausschuss für Finanzen umfasst 5 Mitglieder.

Anwesenheit				
Name	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt	Vertretung
Jürgen Michalski	x			
Kai Deutschmann	x			
Andreas Hennig		x		
Barbara Ohrmann	x			
Reinhard Suhrbier	x			

Gäste: Ron-Patrick Reinholz, AL Finanzen
Romy Guruz, AL Bauamt
Doreen Rimmel, Protokollantin

Tagesordnung

öffentlicher Teil

- TOP 01 Eröffnung der Sitzung
- TOP 01.1 Begrüßung und Feststellung der form- und fristgerechten Ladung
- TOP 01.2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 02 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 03 Bestätigung der Niederschrift öffentlicher Teil der Sitzung vom 08.11.2022
- TOP 04 Bestätigung der Niederschrift öffentlicher Teil der Sitzung vom 19.01.2023
- TOP 05 Informationen aus dem Amt für Finanzen
- TOP 06 Anfragen der Mitglieder des Ausschusses
- TOP 07 Einwohnerfragestunde
- TOP 08 Beschlussvorschlag zur 2. Nachtragshaushaltssatzung 2022/2023 und dazugehörigem Nachtragshaushaltsplan

nicht öffentlicher Teil

TOP 09	Informationen aus dem Amt für Finanzen
TOP 10	Bestätigung der Niederschrift öffentlicher Teil der Sitzung vom 08.11.2022
TOP 11	Bestätigung der Niederschrift öffentlicher Teil der Sitzung vom 19.01.2023
TOP 12	Anfragen der Mitglieder des Ausschusses
TOP 13	Sonstiges

Protokoll
gez. Remmel

Anlage 1:
Öffentlicher Teil
Anlage 2:
Nichtöffentlicher Teil

Protokoll öffentlicher Teil vom 13.04.2023

TOP 01 Eröffnung Sitzung

TOP 01.1 Begrüßung und Feststellung der form- und fristgerechten Ladung

Die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit wurden festgestellt.
Es sind 4 von 5 Ausschussmitgliedern anwesend.

TOP 01.2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

TOP 02 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie oben bestätigt.

Finanzausschussmitglieder		5
Anwesende Finanzausschussmitglieder		4
ja	nein	Enthaltungen
4	0	0

TOP 03 Bestätigung der Niederschrift öffentlicher Teil der Sitzung vom 08.11.2022

Finanzausschussmitglieder		5
Anwesende Finanzausschussmitglieder		4
ja	nein	Enthaltungen
4	0	0

TOP 04 Bestätigung der Niederschrift öffentlicher Teil der Sitzung vom 19.01.2023

Finanzausschussmitglieder		5
Anwesende Finanzausschussmitglieder		4
ja	nein	Enthaltungen
4	0	0

TOP 05 Informationen aus dem Amt für Finanzen

Herr Reinholz erklärt, dass in der Sitzung am 19.01.2023 die Jahresarbeiten noch nicht abgeschlossen gewesen waren und keine Zahlen zu den Erfüllungsständen des Haushaltsjahres 2022 präsentiert werden konnten. Dies werde jetzt erfolgen:

	<u>PLAN-Wert</u>	<u>IST-Wert</u>
Erträge	14.526.800,00 Euro	14.088.900,00 Euro
Ordentliche Aufwendungen	13.192.550,00 Euro	10.430.000,00 Euro
Ordentliche Einzahlungen	11.801.500,00 Euro	14.117.400,00 Euro
Ordentliche Auszahlungen	14.305.850,00 Euro	12.718.800,00 Euro
Investive Einzahlungen	7.430.150,00 Euro	165.900,00 Euro
Investive Auszahlungen	9.641.400,00 Euro	3.269.100,00 Euro

Übersicht Cashflow

	<u>PLAN-Wert</u>	<u>IST-Wert</u>
Kassenbestand 01.01.2022	12.424.900,00 Euro	12.424.900,00 Euro
Einzahlungen	11.801.500,00 Euro	14.117.400,00 Euro
Auszahlungen	- 14.305.900,00 Euro	- 12.718.800,00 Euro
Investive Einzahlungen	7.430.200,00 Euro	165.900,00 Euro
Investive Auszahlungen	- 9.641.400,00 Euro	- 3.269.100,00 Euro
Kreditaufnahme	3.500,00 Euro	0,00 Euro
Tilgung	- 482.200,00 Euro	- 150.700,00 Euro
Saldo durchlaufende Gelder	0,00 Euro	25.300,00 Euro
Kassenbestand 31.12.2022	10.727.100,00 Euro	10.594.900,00 Euro

Herr Michalski möchte wissen, worin der Unterschied zwischen ordentlichen Erträgen und ordentlichen Einzahlungen liegt.

Herr Reinholz erklärt, dass bei den ordentlichen Einzahlungen der investive Anteil nicht berücksichtigt werde. Die Abweichung sei in diesem Fall durch nicht zustande gekommene Grundstücksverkäufe entstanden.

Frau Guruz ergänzt, dass es sich bei „investiven Einzahlungen“ um Fördermittel und Kredite handle. Diese Fördermittel seien, obwohl die Maßnahmen bereits lange abgeschlossen sind, noch nicht ausgezahlt worden. Dieses Geld sei also noch zu erwarten und erkläre die große Differenz im Bereich „investive Einnahmen“.

Herr Michalski schlägt vor, die zur erwartenden Einnahmen nächstes Mal mit in die Übersicht aufzunehmen.

TOP 06 Anfragen der Mitglieder des Finanzausschusses

- keine Anfragen -

TOP 07 Einwohnerfragestunde

- keine Anfragen -

**TOP 08 Beschlussvorschlag zur 2. Nachtragshaushaltssatzung 2022/2023
und dazugehörigem Nachtragshaushaltsplan**

Herr Michalski möchte wissen, wie die Differenz in Bezug auf das Ehrendenkmal zustande gekommen sei.

Frau Guruz und **Herr Reinholz** erklären, dass die 12.500,00 Euro für die Umgestaltung des Ehrendenkmals am Alten Sportplatz eingeplant worden seien. Da dies bereits im Sozialausschuss Thema war. Die verbleibenden 240.000,00 Euro beinhalten dann die Außenbewirtschaftung aller Grünaufwendungen inkl. aller Pflegeverträge mit der Forst rund um beide Ehrendenkmäler herum. Die Aufarbeitung der Steine wurde schon vollzogen und jetzt werden noch Pflanzungen vorgenommen und Bänke erneuert und gleichzeitig erfolgt die Aufarbeitung der Steine der beiden Kriegsgräberdenkmäler in dem Wald vom MZO. Hier haben wir eine 100%iger Förderzusage vom Land bekommen. Es wird somit eine Nullrechnung.

Frau Guruz informiert über die Sachstände der investiven Maßnahmen. Das gemeindliche Einvernehmen für das Parkhaus am MZO-Gelände sei erteilt worden und der Bauantrag liege jetzt dem Landkreis vor und werde innerhalb der nächsten vierzehn Tage zurück erwartet. Die Maßnahme wird voraussichtlich bis zum Ende dieses Jahres finanziell abgeschlossen werden. Die Bauvorbereitungen werden Mitte Juni beginnen, ab dem 1. August soll mit der Montage begonnen werden und die komplette Übergabe sei für den 1. Dezember angesetzt.

In Bezug auf die Feuerwehrrache befinde man sich im Wettbewerbsverfahren. Darüber hinaus sei eine Jury gefunden worden, welche dann eine Entscheidung im Frühsommer zu den Ergebnissen treffen werde. Direkt im Anschluss erfolge die Ausschreibung, so dass idealerweise spätestens am 1. November 2023 mit dem Bau begonnen werden könne.

Letzten Sommer wurde außerdem der Neubau der acht Fahrradabstellanlagen beantragt. Zuwendungen hierfür seien aber noch nicht eingegangen. Alle Leistungen werden hausintern bis zum Sommer erbracht.

In Bezug auf die barrierefreien Haltestellen habe sich der Planansatz nicht geändert und die Umsetzung laufe wie geplant.

Die Ladestationen auf kommunalen Parkplätzen seien neu dazugekommen. Gemeinsam mit den Kollegen der Stadtwerke Stralsund sei diese Maßnahme im

Frühjahr angeschoben worden. Hierfür werde es Fördermittel geben und die Ladestationen sollen wie geplant im Sommer zur Verfügung stehen.

Durch die verzögerte Auslieferung des Mannschaftstransportwagens gab es hierzu jetzt die Auszahlung des Restbetrages, welche ebenfalls in den Nachtragshaushalt aufgenommen wurde. In vierzehn Tagen rechne man mit der Abholung des Wagens.

Die LED-Straßenbeleuchtung wurde aufgrund von Corona in den letzten Jahren komplett zum Stillstand gebracht. Für das Quartier um dem Eichenweg gebe es jetzt eine Förderzusage in Höhe von 7.100,00 Euro, wobei ursprünglich 40.000,00 Euro im Gespräch waren.

Für den Neubau des Skateparks liegen endlich Planerangebote vor. Daher gehe man davon aus, dass bei Abschluss der artenschutzrechtlichen Vormaßnahmen im Sommer, man im Spätherbst mit dem Bau beginnen könne. Dabei werde man die großen Kosten allerdings in die neuen Haushaltsansätze übertragen.

In Bezug auf die energetische Sanierung der Sporthalle habe es mittlerweile eine Förderzusage gegeben. Hierfür gebe es zurzeit Gespräche mit dem Fördermittelgeber darüber, welche Maßnahmen genau durchgeführt werden. Hier gab es auch einen Finanzangleich. Für die Kita „Lütt Matten“ ist eine Schranke vorgesehen.

In Folge der 1 ½ Jahre andauernden Vorarbeiten sei die Schwedenstraße jetzt endlich angepasst. Alle ordnungsrechtlichen Nacharbeiten und die Planung, welche sich jetzt bei der Genehmigungsbehörde befindet, seien jetzt abgeschlossen.

Der Baustart für die Straße sei aktuell für den 15. Oktober angesetzt und gleiches gelte für die Putbuser Straße. Die erste Hälfte der Kosten habe man ins Jahr 2023 geplant und die andere Hälfte für das Jahr 2024 angesetzt.

Per Beschluss der Gemeindevertretung wurde die geplante Sanierungsmaßnahme des Finkenweges in eine investive Maßnahme (hier als grundhafter Ausbau) umgewandelt. Es liegen die Baugenehmigungen für den Finkenweg gemeinsam mit der Straße am Kleinbahnhof vor. Der Baubeginn für beide Straßen ist für den 15. Oktober angesetzt.

Die Erschließung des MZO-Geländes sei bis Dezember angedacht gewesen, werde allerdings voraussichtlich drei Monate früher abgeschlossen und bis Ende des Jahres abgerechnet werden.

Die Maßnahme Erschließung der Ausfahrt Bergen Knotenpunkt sei für dieses Jahr gestrichen. Finanziell geändert wurden die Maßnahmen Neubau MZO Strandweg und Denkmalradweg durch den Wald. In Absprache mit der Forst vermindern sich die geplanten Kosten für den Denkmalradweg um 400.000,00 Euro. Diese werden auf den Neubau MZO umgeschichtet, da diese Maßnahmen aus artenschutzrechtlicher Sicht aufwendiger sind, als sie geplant wurde.

Die Verlängerung der Planstraße am REWE Markt sei soweit abgeschlossen, doch die Rechnung liege aktuell noch nicht vor.

Herr Michalski möchte wissen, ob der Verwaltung geplante Eigentumsübergänge, für die beiden bereits vergebenen Grundstücke vorne an der Straße in Prora, bekannt seien.

Frau Guruz bestätigt, dass bei einem Wechsel die Gemeinde über eine Vorverkaufsverzichtserklärung informiert werden müsse, doch es läge aktuell nichts dergleichen vor.

Herr Michalski möchte wissen, wie sich die Veränderung des Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember

von bisher 16.299.686,00 Euro
auf voraussichtlich 1.695.136,00 Euro erklären lässt.

Herr Reinholz erklärt, dass es bis zum letzten Jahr ein großes Defizit im investiven Bereich in Höhe von ca.12 Mio. gegeben hat. Um dieses Defizit auszugleichen, habe man eine Umschichtung von den laufenden Ein-und Auszahlungen in den investiven Bereich vorgenommen. Hierzu habe es, auf Anraten des Landkreises, den Beschluss der Gemeindevertretung gegeben. Deshalb kam es hier zu einer Abweichung. Die restlichen ca. zwei Mio. stellen das Negativergebnis im nächsten Finanzhaushalt dar.

Herr Suhrbier möchte zu den Vorbemerkungen zur Änderung des Stellenplans 2023 wissen, ob das Amt Bürgerservice aufgrund der Organisationsuntersuchung wirklich aufgelöst wurde. Seiner Meinung nach dürfte die Leitung Bürgerservice dann in der weiteren Haushaltsplanung für Personal nicht mehr auftauchen.

Herr Reinholz stellt klar, dass das Amt Bürgerservice zwar wie beschrieben aufgelöst wurde, man aber die Stelle der Leitung Bürgerservice nicht einfach aus dem Haushalt streichen könne. Dies sei der Tatsache geschuldet, dass der entsprechende Mitarbeiter nach wie vor noch im Hause tätig sei und noch keine andere Zuordnung erfolgt sei.

Frau Guruz ergänzt, dass es hier um die Stellen als solches gehe. Die Stelle sei noch da, auch wenn die Person bereits einer anderen Stelle zugewiesen ist. Dies sei aber der inneren Organisation der Verwaltung geschuldet.

Herr Suhrbier erfragt, in Bezug auf das MZO Parkhaus, warum ein Zinssatz von 3% p.a. angegeben sei, obwohl die Zinsen aktuell bei 3,8 - 4 % p.a. lägen.

Herr Reinholz erwidert, dass es für Kommunen als Antragsteller andere Konditionen aufgrund individueller Vereinbarungen mit den Kreditinstituten gäbe als für normale Gewerbetreibende.

Herr Suhrbier wolle nur darauf hinaus, dass die Zinsen für die Kredite zukünftig steigen und man den Zinssatz eventuell hätte höher ansetzen können in der Planung. Darüber hinaus fragt er, wie hoch die Summe der Einnahmen aus Parkgebühren für 2022 seien.

Herr Reinholz und **Frau Guruz** schätzen den Wert auf 42.000,00 Euro entstehend aus vielen Einzeleinnahmen aus Parkplätzen und Parkstraßen. Dieser Wert liege ca. 10% über dem geplanten Wert. Herr Reinholz werde den genauen Wert aber gern noch nachreichen.

Herr Michalski möchte wissen, in welchem Planungsbereich sich die Kosten für das geplante Ratsinformationssystem widerspiegeln.

Herr Reinholz erklärt, dass das Ratsinformationssystem jetzt in den investiven Teil im Bereich Verwaltungssteuerung gelegt wurde. Der Haushaltsansatz lag bisher bei 0,00 Euro und läge jetzt bei 190.000,00 Euro. Davon seien 140.000,00 Euro für die Einführung von neuer Software für die Bereiche Standesamt und Wohngeldstelle und Bereich Finanzen sowie für das Ratsinformationssystem in Höhe von 25.000,00 Euro

vorgesehen und der Restbetrag sei für kleinere Anschaffungen unter 10.000,00 Euro, wie z.B. für ein neues Zeiterfassungssystem gedacht.

Herr Suhrbier fragt, ob 1.500,00 Euro Verdienstaufschlag pro Jahr für den Brandschutz der freiwilligen Feuerwehr realistisch sei, oder ob der Wert in den letzten Jahren oft nachgebessert werden musste.

Herr Reinholz antwortet, dass der angesetzte Wert auf den Erfahrungen der letzten Jahre beruhe.

Herr Suhrbier merkt an, dass unter der Rubrik Unterhaltung von Straßen und Parkplätzen, die Planzahlen für das Parkhaus für die Jahre 2024-2026 nicht aufgeführt seien.

Frau Guruz erklärt, dass es noch keinen Planansatz für 2024 gebe, da die Bewirtschaftung erst 2024 beginnen werde.

Herr Michalski ergänzt, dass man erst 2024 Erfahrungswerte gewinnen könne, um dann im nächsten Haushalt entsprechende Planzahlen ansetzen zu können.

Herr Suhrbier möchte wissen wieso die Gebühren für die Organisationsprüfung in den Jahren 2022 und 2023 mit 0,00 Euro angesetzt worden seien, wenn doch gerade erst eine Organisationsuntersuchung stattgefunden habe.

Herr Reinholz und Frau Guruz antworten, dass die Organisationsuntersuchung noch nicht abgeschlossen sei. Darüber hinaus sei dieser Posten an einer anderen Stelle aufgeführt.

Herr Michalski fragt, wann mit einem endgültigen Ergebnis der Organisationsuntersuchung zu rechnen sei.

Frau Guruz erklärt, dass bisher die Organisationsuntersuchung als solche durchgeführt wurde und nun die Stellenbewertung noch vorzunehmen sei. Wann man mit einem Ergebnis rechnen könne, wisse sie jedoch nicht. Man habe jedoch die Veränderungen, wie sie vorgeschlagen wurden, umgesetzt. Hierdurch sei es jedoch bisher nicht zu einem Mehrbedarf gekommen, da es sich lediglich um eine interne Umstrukturierung der Arbeitsaufgaben gehandelt habe. Ein gegebenenfalls anfallender Mehrbedarf würde sich erst durch die Stellenbewertung ergeben. Dieser müsse dann erneut mit der Gemeindevertretung abgestimmt bzw. durch sie entschieden werden.

Frau Ohrmann wirft ein, dass die Tarifrunden noch gar nicht abgeschlossen seien, das Ergebnis sich aber auf die jetzt vorliegenden Zahlen auswirken werde.

Herr Suhrbier antwortet, dass ein gewisser Prozentsatz der zu erwartenden Veränderungen bereits mit eingeplant werde.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen empfehlen dem Hauptausschuss in ihrer Sitzung am 24.04.2023, dem Beschlussvorschlag in vorliegender Fassung zuzustimmen.

Finanzausschussmitglieder		5
Anwesende Finanzausschussmitglieder		4
ja	nein	Enthaltungen
4	0	0

Herr Michalski beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Jürgen Michalski
Ausschussvorsitzender

gez. Doreen Rimmel
Protokollantin